

Tagung 20c	Berlin
12.06. - 15.06.2023	
	Vielfalt in der Justiz
	Die personelle Zusammensetzung der Justiz entspricht nicht der Vielfalt der Menschen, die in unserer Gesellschaft leben. Zahlreiche gesellschaftliche Gruppen sind – teilweise deutlich – unterrepräsentiert. Zugleich ist die empirische Datenlage begrenzt. Mit der Tagung soll den sich hieraus ergebenden Fragen nachgegangen werden. Welche empirischen Daten über die personelle Zusammensetzung der Justiz liegen vor? Welches sind die Ursachen der Unterrepräsentation bestimmter gesellschaftlicher Gruppen? Wie wirkt sich diese Unterrepräsentation auf die Akzeptanz gerichtlicher Entscheidungen in der Gesellschaft aus? Durch welche Maßnahmen ließe sich mehr Vielfalt in der Justiz erreichen? Die Tagung wendet sich an alle an diesem Thema interessierten Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte.

Tagung 23a	Bund
03.07. – 06.07.2022	
	Aktuelle Herausforderungen an die Rechtsprechung in Staatsschutzstrafsachen
HYBRID	Die Tagung wendet sich an Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, die mit Staatsschutzsachen befasst sind. Das Staatsschutzstrafrecht hat in den letzten Jahren eine große Expansion erfahren. Es sollen voraussichtlich folgende Themenkomplexe behandelt werden: – Das Staatsschutzstrafrecht in der aktuellen höchstrichterlichen Rechtsprechung – Besondere Fragestellungen im Ermittlungs-, Zwischen- und Hauptverfahren – Aktuelles zum Völkerstrafrecht.

Tagung 23b	Niedersachsen
03.07. - 06.07.2023	
DRA-Aktuell	Aktuelle Fragen der Windenergie an Land
	Die Tagung wendet sich insbesondere an Richterinnen und Richter der Verwaltungsgerichtsbarkeit zweiter Instanz, die erstinstanzlich für die Windenergie zuständig sind (§ 48 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 a VwGO). Gegenstand sollen sowohl die planungsrechtliche Steuerung der Windenergie in Regional- und Bauleitplanung als auch spezifische Probleme des immissionsrechtlichen Genehmigungsverfahrens sein. Neben den sich bei der Gewährung des Rechtsschutzes stellenden Fragen sollen auch fachliche Aspekte des Lärm- sowie Naturschutzes erörtert werden.

Tagung 37d	Deutsche Richterakademie
20.11. – 23.11.2023	
	Deutsch-Schweizerische Tagung
	Die Tagung richtet sich an Richterinnen und Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit sowie an Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Sie wird in Zusammenarbeit mit der Stiftung für die Weiterbildung schweizerischer Richterinnen und Richter ausgerichtet. Deutschland und die Schweiz verbindet als Nachbarstaaten eine jahrhundertealte gemeinsame kulturelle Geschichte. Heute bestehen umfassende Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen beiden Staaten, die ihren Ausdruck auch in einer großen Vielzahl an Rechtshilfeersuchen in beide Richtungen und in allen Rechtsgebieten finden. Sowohl in Deutschland als auch in der Schweiz ist die Justizverwaltung föderal-dezentral organisiert, was zu Vergleichen inspiriert. Auf der anderen Seite scheint das schweizerische Justizsystem vielen deutschen Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte eher wenig bekannt zu sein. Ziel des Seminars ist es, anhand von Vorträgen, Diskussionen und Workshops zu Fragestellungen aus verschiedenen Rechtsgebieten sowie anhand von Exkursionen Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Wechselwirkungen beider Rechtssysteme zu beleuchten. Für die Gestaltung der Tagungsinhalte werden hauptsächlich die Teilnehmenden verantwortlich sein, weshalb die Bewerbung für die Veranstaltung die Bereitschaft zur aktiven Mitwirkung - auch schon im Vorfeld - voraussetzt. Die genauen Seminarinhalte werden nach der vorgenannten Abstimmung mit der Ausschreibung oder spätestens in der Einladung bekanntgegeben werden.

Tagung 38b	Saarland
10.12. - 13.12.2023	
	Wirksam führen und arbeiten auf Distanz
	Zielgruppe sind gleichermaßen angehende wie erfahrene Führungskräfte sowie an Führungsthemen Interessierte aus dem höheren Justizdienst. Mobil und flexibel von unterschiedlichen Standorten und zu unterschiedlichen Zeiten arbeiten: Diese Entwicklung macht – unterstützt durch die Einführung digitaler Arbeitsformen wie der eAkte sowie externer Faktoren wie demografischer Wandel und Fachkräftemangel – auch vor dem Justizwesen nicht halt. Deshalb und natürlich aufgrund der Corona-Pandemie steht das Thema „Führen und arbeiten auf Distanz“ auch in Gerichten und Justiz-Behörden verstärkt auf der Agenda. Für Führungskräfte bedeutet dies eine doppelte Herausforderung: Zum einen sollen sie mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zuverlässig den Dienstbetrieb aufrechterhalten und produktiv Ergebnisse erzielen; zum anderen müssen sie mit zunehmend flexiblen Team- und Mitarbeiter-Konstellationen umgehen. Es gilt, die Zusammenarbeit mit ihren Teams neu zu organisieren: Doch wie vereinbart man Ziele und Arbeitsprozesse, wenn nicht alle zur selben Zeit am selben Ort arbeiten? Wie lassen sich eine funktionierende Kommunikation und Kooperation zwischen Präsenz und Distanz organisieren? Und wie kann auch angesichts unterschiedlicher Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein gutes Teamgefühl entstehen? Antworten bietet die dreitägige Fortbildungsveranstaltung „Wirksam führen und arbeiten auf Distanz“, die u. a. folgende Themen reflektiert: - Digital führen und arbeiten: Voraussetzungen für Führungskräfte und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - Herausforderung Alltag – die Bedeutung konkreter Regeln und Vereinbarungen - Organisation auf Distanz: Erfolgreich mit Assistenz und Geschäftsstelle zusammenarbeiten - Mobil und doch gemeinsam: Teamentwicklung unter besonderen Bedingungen - Kommunikation – mehr als Technik-Tools - Arbeiten im Homeoffice: Was hilft gegen Stress?

Tagung 40d	Schleswig-Holstein
11.12. – 14.12.2023	
	Vermögensstraftaten im Gesundheitswesen
	Die Tagung wendet sich an Strafrichterinnen und Strafrichter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, die sich mit der Verfolgung von Vermögensstraftaten im Gesundheitswesen befassen sind. Gegenstand der Tagung ist die aktuelle strafrechtliche und sozialrechtliche Rechtsprechung, vor deren Hintergrund ausgewählte aktuelle Fallgestaltungen behandelt werden. Zugleich werden aktuelle Entwicklungen sowohl bei den Akteuren im Gesundheitswesen – insbesondere das Anzeigeverhalten der gesetzlichen und privaten Krankenkassen – als auch bei den Staatsanwaltschaften und ihren Ermittlungspersonen thematisiert.